

Clemens Wurm

**Großbritannien, Frankreich
und die westeuropäische Integration**

Antrittsvorlesung

27. Oktober 1992

Humboldt-Universität zu Berlin
Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften

Institut für Geschichtswissenschaften

Herausgeberin:
Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Marlis Dürkop

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser.

Redaktion:
Christine Gorek
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Herstellung:
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik
Wühlischstraße 33
10245 Berlin

Heft 20

Redaktionsschluß:
18. 02. 1994

Die Geschichte der europäischen Einigung ist auch eine Geschichte der britisch-französischen Gegensätze. Das gilt für die Frühphase mit ihren Auseinandersetzungen über Supranationalität oder intergouvernementale Zusammenarbeit, für die Konflikte um das britische Freihandelszonenkonzept Ende der fünfziger Jahre, für die sechziger Jahre, als General de Gaulle zweimal den Beitritt des Vereinigten Königreiches zur EWG blockierte oder die Streitigkeiten der siebziger und achtziger Jahre über den Haushalt oder die Gemeinsame Agrarpolitik der EG. In all diesen Kontroversen war Frankreich der Hauptgegenspieler des Vereinigten Königreiches. Großbritannien wird in der Literatur als der „insulare Außenseiter“ der Gemeinschaft¹, Frankreich hingegen als die westeuropäische Führungsmacht mit langfristigen Visionen und „sehr bestimmte(n) Vorstellungen von einer eigenen Identität Europas“² betrachtet.

Die Antrittsvorlesung will vergleichend Voraussetzungen, Grundlagen und Grundzüge der Integrations- und Europapolitik Großbritanniens und Frankreichs seit dem Zweiten Weltkrieg herausarbeiten. Sie versucht zu zeigen, daß beide Länder in ihrer Europapolitik unterschiedlichen Leitbildern gefolgt sind. Sie waren Repräsentanten unterschiedlicher Formen europäischer Integration und die Anwälte gegensätzlicher Vorstellungen von Europa und seiner Rolle in der Welt. Die Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und Frankreich waren nicht bloß Ausdruck ihres Kampfes um die Führung in Westeuropa. Als solcher werden sie in der Regel von der Literatur gedeutet. Hinter ihnen verbargen sich tiefere Konflikte, die für die westeuropäische Einigung grundsätzliche Bedeutung gehabt und ihre Geschichte geprägt haben.

Die Analyse erfolgt auf vier Ebenen. Untersucht werden (I) die Voraussetzungen und Antriebskräfte der Integrations- und Europapolitik beider Länder in der frühen Nachkriegszeit; (II) die

Konzeptionen und Formen europäischer Integration; (III) die Vorstellungen Frankreichs und Großbritanniens von den Institutionen und der Institutionalisierung europäischer Kooperation und Integration; (IV) die Außenbeziehungen und die Auffassungen beider Länder von der Rolle Europas in der Welt.

Eine methodische Vorbemerkung: Im Unterschied zur föderalistischen Perspektive, die von einem vorgegebenen, den Akteuren bewußten Gemeinschaftsinteresse ausgeht, werden hier die nationalen Einheiten zur Grundlage der Analyse gemacht. Gefragt wird - im Anschluß an Stanley Hoffmann³ - nach den inneren und äußeren Zielen der Nationalstaaten, nach dem Gewicht externer und internationaler Faktoren, schließlich nach dem institutionellen Zusammenspiel zwischen den Akteuren. Weit stärker als es Außenpolitik ohnehin ist, ist Integrations- und Europapolitik Innenpolitik und von ihr nicht zu trennen, zielt sie doch - und das ist neu - auf die Schaffung von Gemeinschaftsstrukturen, die nationale Systeme stützen, ergänzen oder gar ersetzen sollen. In sie fließen in der einen oder anderen Form Antriebskräfte und Faktoren ein, die nicht nur die Außenpolitik, sondern die Funktionsbedingungen und Arbeitsweise nationaler politischer Systeme und ihre Innenpolitik prägen.

I.

Von Frankreich sind in der Frühphase der europäischen Einigung starke Impulse zur politischen und wirtschaftlichen Integration Westeuropas ausgegangen. Die französische Regierung hat die von der Europäischen Einigungsbewegung auf der Haager Konferenz von 1948 initiierten Pläne aufgegriffen. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Plevén-Plan zum Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), weithin auch die Europäische Atomgemeinschaft entsprangen französischen Initiativen. Die britische Regierung hat diese Initiativen abgelehnt. Sie hat die Pläne der Europäischen Bewegung ihrer weiterführenden integrationspolitischen Ziele entkleidet. Der EGKS und der EWG ist Großbritannien zunächst ferngeblieben.

Die britische Regierung - das ist wichtig - kehrte Europa jedoch keineswegs den Rücken. Die überkommene Europapolitik änderte sich, wurde der durch den Kalten Krieg gewandelten internationalen Konstellation angepaßt. Die „unity“ Europas, nicht mehr wie so oft in der Vergangenheit die „disunity“, war das Ziel britischer Politik. Die neuere Forschung hat gezeigt, daß die britische Regierung, insbesondere Außenminister Bevin, den Verhältnissen auf dem Festland ein hohes Maß an Aufmerksamkeit schenkte und aktiv die europäischen Verhältnisse zu gestalten suchte. Anfang 1948 scheint er auf die Schaffung einer von Großbritannien geführten Dritten Kraft gezielt zu haben, die Europa Unabhängigkeit von den USA und Sicherheit vor der Sowjetunion geben sollte. Die britische Regierung spielte eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des Marshall-Planes, initiierte den Brüsseler Pakt und war treibende Kraft bei der Gründung der NATO. Politische Stabilität, wirtschaftliche Rekonstruktion und militärische Sicherheit: das waren die Ziele, die Großbritannien mit seinem Engagement in Westeuropa anstrebte. Diese Ziele aber waren - hier liegt ein zentraler Unterschied zu Frankreich vor - ohne supranationale Integration zu erreichen. Lockere Formen intergouvernementaler Kooperation wie die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) oder der Europarat wurden bejaht, die vertraglich festgelegte Abtretung nationaler Souveränität aber abgelehnt. Wie ist der britisch-französische Unterschied zu erklären?

Trotz zahlreicher Gemeinsamkeiten war die Ausgangslage beider Länder 1945 höchst unterschiedlich. Diese Unterschiede werden in einem Großteil der mit der britischen Politik der Nachkriegszeit scharf ins Gericht gehenden Literatur unzureichend oder gar nicht gewürdigt. Die kritischen Bewertungen sind oft stark vom Leitbild der supranationalen Integration geleitet und werden dem Zeitkontext nicht gerecht, so etwa, wenn Walter Lipgens der Labour-Regierung und Außenminister Bevin „historisch verhängnisvolles Sich-versagen“ vorwirft⁴, als sie die Schaffung eines europäischen Bundesstaates verwarfen. Um die wichtigsten Unterschiede zu nennen:

Ein näherer Blick zeigt (1) große Unterschiede in der Struktur, Funktion und Bedeutung der Kolonialreiche auf. Sicher stellten

in beiden Fällen die Kolonialreiche zusätzliche Machtquellen, durch Zollpräferenzen geschützte Absatzgebiete, Rohstofflieferanten und Quellen wichtiger Dollareinnahmen dar. Das französische Kolonialreich jedoch war kleiner und weit weniger bedeutend für die metropolitane und die Weltwirtschaft als das britische. Die Sterling-Zone - wenngleich nicht identisch mit dem Empire - stellte Ende der vierziger Jahre das größte Handels- und Zahlungssystem der Welt dar. Das Commonwealth war der Ort weit stärkerer und breiterer Loyalitäten als die Union Française: ein identitätsstiftendes, die politische Ordnung des Vereinigten Königreiches stützendes Band, in der Sicht vieler in London (nicht zuletzt der Labour Party) gar ein alternatives, auf Kooperation und Konsultation (nicht Integration) beruhendes Welt-system mit Vorbildcharakter für die übrige Welt. Die Bindung an das Commonwealth hatte Priorität vor den Beziehungen zu Europa. Anders Frankreich, das stets primär eine Kontinentalmacht war. Im Vergleich zum britischen Empire, das sich in einem langen Prozeß allmählich herausgebildet hatte, war das französische Kolonialreich eine primär politische Schöpfung jüngerer Datums, geschaffen, so die Forschung, im Hinblick auf den Rang Frankreichs in Europa und um nach der Niederlage von 1870/71 verlorene Größe wiederzugewinnen und den Verlust Elsaß-Lothringens zu kompensieren. Der erbitterte Kampf um die Kolonien in den fünfziger Jahren wurde nicht zuletzt mit Blick auf die Stellung Frankreichs in Europa und gegenüber Deutschland geführt. Das Schicksal der französischen Position in Indochina wurde eng mit dem der EVG verknüpft. Nur ein in Indochina siegreiches Frankreich, so die Annahme, würde Frankreich ausreichend stärken und es in die Lage versetzen, neben einer wirtschaftlich, politisch und militärisch wiederhergestellten Bundesrepublik in einer integrierten europäischen Armee Platz zu nehmen. Die Verhandlungen über die EVG zeigten jedoch, daß das militärische Engagement in Übersee umgekehrt zur Dominanz der Bundesrepublik in der EVG zu führen drohte. Die europäische Einigung gewann in dem Maße als Zielperspektive an Bedeutung, als Frankreich unter dem Druck indigener Nationalismen und dem Diktat der Supermächte von seinen kolonialen Illusionen Abschied nehmen mußte. Das gescheiterte Suezaben-

teuer war, so Pierre Guillen, der entscheidende Katalysator für die Zustimmung der französischen Regierung zu den Römischen Verträgen.⁵ Auch in Großbritannien stand die Hinwendung zur EWG in enger Verbindung mit der Auflösung des Empire. Doch war in Großbritannien die Stoßrichtung traditionell umgekehrt. Hier hatte die Europapolitik funktionale Bedeutung für die global ausgerichtete Weltpolitik. Auch von daher gewann Europa in London nicht den Stellenwert, den es in der französischen Politik bekam.

Große Unterschiede zwischen beiden Ländern gab es (2) in den strukturellen Gegebenheiten der Wirtschaft. Großbritannien verfügte über eine von der Anzahl der Beschäftigten her kleine, aber leistungsfähige Landwirtschaft und bezog einen Großteil seiner - zudem preisgünstigeren - Nahrungsmittel aus dem Commonwealth. Frankreich hingegen war ein stark agrarisch geprägtes Land, in dem 1945 etwa zwei Fünftel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiteten, die überdies eine geringe Produktivität aufwies. Dieser Unterschied erklärt viel von dem späteren integrationspolitischen Gegensatz beider Länder, der sich in starkem Maße um die Einbeziehung der Landwirtschaft und die eng miteinander verknüpften Probleme der gemeinsamen Agrarpolitik, ihrer Finanzierung und des Haushalts der EG drehte. Das hohe Gewicht von Handel, Finanzen und Dienstleistungen prägte die britische Wirtschaft. Im 19. Jahrhundert „économie dominante“ und „Werkstatt der Welt“, war Großbritannien ungleich stärker in die Weltwirtschaft integriert als Frankreich. Das Pfund Sterling war nach dem Dollar die zweite Reserve- und Leitwährung, über die in den 50er Jahren 40-50% des Welthandels abgewickelt wurden. Frankreichs Öffnung zum Weltmarkt erfolgte im Rahmen der EWG erst ab Ende der fünfziger Jahre. Für Großbritannien hingegen waren Handelsexpansion und Exportförderung seit 1947 der Weg, um die Wirtschaft zu beleben, die Lücke in der Handelsbilanz zu schließen und den Sozialstaat im Innern zu finanzieren.

Große Unterschiede bestanden bei der Richtung der Ein- und Ausfuhren und der auswärtigen Investitionen, wenngleich es bei den langfristigen Trends durchaus Parallelen gab, allerdings auf durchgehend sehr unterschiedlichem Niveau. Frankreichs Ab-

satzmärkte lagen traditionell in Europa. Das Vereinigte Königreich hatte sich ab etwa Mitte des 19. Jahrhunderts in einem nahezu kontinuierlichen Prozeß außenwirtschaftlich immer stärker zur überseeischen Welt hin orientiert - und damit weg vom europäischen Festland. 1950 führte Großbritannien nur mehr etwas über 10 % seiner Ausfuhren in das „Little Europe“ der sechs Schuman-Plan-Länder aus. Annähernd 50 % der Exporte und über 40 % der Einfuhren wurden mit dem Commonwealth abgewickelt. Erst ab Mitte der fünfziger Jahre kehrte sich der Trend bei den Handelsströmen um - mithin zeitlich parallel zur Hinwendung zur EWG, aber deutlich vor dem britischen Beitritt zur Gemeinschaft. Eine noch ausgeprägtere Konzentration auf die außereuropäische Welt beobachten wir - und dies im Grunde bis heute - bei den Investitionen. Anfang des 20. Jahrhunderts war die Londoner City, die 1830 und 1840 noch großes Interesse an Europa gezeigt hatte, kaum mehr an Kapitalanlagen in europäischen Gebieten interessiert. Vom Volumen her weit umfangreicher als das französische, war das britische im Ausland angelegte Kapital breit über den Globus verstreut. Selbst 1962 entfielen nur etwa 10 % der auswärtigen Investitionen auf Westeuropa (EWG und EFTA zusammen). Die Muster von Handel, Finanzen und Investitionen beeinflußten die Haltung zu Europa. Aufgrund der Ausrichtung der Wirtschaft auf Commonwealth und Sterling-Zone kam für die Regierung nach dem Kriege eine Beteiligung an einer europäischen Zollunion nicht in Betracht.

Die britische Politik ist mit ihrer Konzentration auf das Empire und die Sterling-Zone und der Ablehnung der europäischen Integration von der Forschung scharf kritisiert worden. Die Kritik wurde genährt durch die gegenläufige wirtschaftliche Entwicklung der meisten EWG-Staaten einerseits und Großbritanniens andererseits ab etwa Mitte der 50er Jahre: stürmisches Wachstum hier, Stagnation, Zahlungsbilanzkrisen und Symptome von wirtschaftlichem Niedergang und „britischer Krankheit“ dort. Sicher scheint, daß die britische Politik nach 1945 von falschen Annahmen ausging, und im Nachhinein muß sie wohl als Irrtum betrachtet werden. Erwartet wurde, in Anlehnung an das Szenario von 1918/19, eine weltweite Knappheit bei Rohstoffen. Der Handel mit dem Commonwealth und der Sterling-Zone würde, so die

Annahme, Großbritannien die Führung im Welthandel verschaffen. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Handel zwischen den industrialisierten Ländern weit schneller wuchs - am schnellsten überdies in Westeuropa-, Commonwealth und Sterling-Zone aber den stagnierenden Teil der Weltwirtschaft bildeten. Großbritannien befand sich im falschen weltwirtschaftlichen Handelsblock. War das absehbar und ab wann? Alan Milward meint, bereits 1948-50 habe sich abgezeichnet, daß der „Little-Europe-Bloc“ (also die spätere EWG) aufgrund der kräftigeren Expansion des gegenseitigen intra-europäischen Handels einen weit günstigeren Rahmen für Wachstum, Produktivität und Nationaleinkommen bieten würde als das Commonwealth⁶. Dem läßt sich aus der Perspektive des Jahres 1950 entgegenhalten, daß sich der europäische Anteil am Weltexport in den vorhergehenden fünfzig Jahren abgeschwächt, der Anteil der Dritten Welt hingegen zugenommen hatte. Die Preise für Primärprodukte stiegen erst ab 1952 langsamer als diejenigen für Industrieerzeugnisse. Jene Politiker, die sich gegen Europa aussprachen, konnten also 1950 durchaus mit langfristigen Trends argumentieren.

Schließlich (3) die Folgen des Krieges und der Kriegserfahrung, so schwer diese beim gegenwärtigen Stand der Forschung auch einzuschätzen sind. Sie sind wichtig für unser Thema und sie variierten nach Siegern und Besiegten. Großbritannien gehörte neben den USA und der UdSSR zu den „Großen Drei“. Frankreich bildete einen Sonderfall: Zunächst Verlierer, zählte es später zu den Siegern. Zu den Auswirkungen des Krieges gehört die enge sicherheitspolitische Bindung Großbritanniens an die Vereinigten Staaten wie umgekehrt ein tiefes, durch den Krieg verstärktes Mißtrauen gegenüber den Kontinentaleuropäern und Zweifel an ihrer politischen Verlässlichkeit. Die „special relationship“ zu den USA, begünstigt durch gemeinsame Sprache und ähnliche Wertvorstellungen, ist ein Produkt des Zweiten Weltkrieges und des Zusammenbruchs Frankreichs im Jahre 1940. Der Sieg über Deutschland und die Rolle, die Großbritannien dabei gespielt hatte, wurden als grandiose Bestätigung der eigenen politischen Kultur und der nationalen Identität aufgefaßt - und dies sicher mit einigem Recht, wenngleich wir aufgrund neuerer Untersuchungen wissen, daß die historische Realität kei-

neswegs immer dem sorgsam gepflegten Selbstbild einer im Krieg einigen und solidarischen Nation entsprach. Anders Frankreich, das durch Niederlage, Besatzung und Kollaboration diskreditiert war. Freilich gingen im französischen Falle gerade von diesen Erfahrungen in Form der, wie es genannt worden ist, „advantages of defeat“ starke Neuerungs- und Modernisierungsimpulse aus, von denen noch die Rede sein wird. Sicherung des Status quo nach außen und, ab 1948, Konsolidierung im Innern bildeten hingegen die Leitlinie britischer Politik. „We intend to hold what we have gained here in this island“, erklärte Hugh Dalton 1950 auf der Jahrestagung der Labour Party.⁷ Das legendäre, von den Zeitgenossen, lange Zeit auch von den Historikern, als bahnbrechend betrachtete Reformprogramm der Attlee-Regierungen - Nationaler Gesundheitsdienst, Verstaatlichungen, Vollbeschäftigungspolitik - gab dem tief verankerten britischen Überlegenheitsgefühl weiteren Auftrieb. Es festigte den Glauben an den Nationalstaat und verstärkte die Vorbehalte gegenüber der europäischen Integration: Warum, so fragte man sich rhetorisch auf der Insel, sollte Großbritannien Souveränität an supranationale Behörden in dem Augenblick abtreten, in dem das politische und gesellschaftliche System des Landes seine Vitalität, der britische Nationalstaat seine Reformfähigkeit unter Beweis gestellt hatte? „It is no accident“, so Denis Healey 1952, „that in their approach to European unity since 1945 the socialist parties of Britain and Scandinavia have been most conservative - for they have most to conserve.“⁸ Den „price of victory“⁹ bezahlte Großbritannien später: Nationale Mythen und eine als „success story“ überhöhte Deutung der eigenen Geschichte erwiesen sich als starke Barrieren gegen Wandel und rechtzeitige Anpassung. Diese Unterschiede - in den nationalen Erfahrungen und den strukturellen Gegebenheiten - erklären einiges von den Unterschieden im integrationspolitischen Verhalten beider Länder. Der konkrete Ausgangspunkt für die französischen Initiativen der Frühzeit jedoch (Schuman- und Pleven-Plan) liegt woanders: Die Lösung des Deutschland-Problems ist für Paris der wichtigste Impuls für die europäische Integration gewesen. Hier liegt die Ursache für die Wendung Frankreichs hin zu supranationalen Entwürfen. 1948-50 trennen sich die Wege beider Länder. Groß-

britannien, auf dem Zenit seiner Macht in Westeuropa, blieb bei seinem Leitbild einer lockeren, pluralistischen, auf Kooperation und Konsultation beschränkten Staatengemeinschaft ohne verfassungsmäßige Einbindung. Londons Politik wurde atlantischer in ihrer Ausrichtung. Frankreich hingegen erblickte nun in einer durch starke Institutionen und supranationale Strukturen gestützten westeuropäischen Integration mit Beteiligung der Bundesrepublik den Weg, die doppelte Eindämmung - das Containment der Sowjetunion und die Zähmung Westdeutschlands, Sicherheit vor und mit Deutschland - zu bewerkstelligen.

Für Frankreich hatte das Deutschland-Problem traditionell einen weit höheren Stellenwert als für Großbritannien. Sécurité: politische und wirtschaftliche Sicherheit vor Deutschland war die Dominante der französischen Politik sowohl nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Die französische Regierung hatte zunächst 1944-47 eine klassische, geopolitisch bestimmte Politik betrieben, die auf die Kontrolle des Nachbarn durch ein System von Allianzen (unter Einschluß der Sowjetunion), die Auflösung der staatlichen Einheit und die Amputation Westdeutschlands um Rheinland, Ruhr und Saar zielte. Und wie nach dem Ersten Weltkrieg stieß Paris auf den Widerstand der USA und Großbritanniens. Kalter Krieg, Marshall-Plan, die von den USA und Großbritannien mit Nachdruck betriebene Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft, die Bildung eines westdeutschen Staates, die Lockerung und Befreiung Westdeutschlands von Produktionskontrollen und Restriktionen, schließlich (spätestens mit dem Korea-Krieg) das Verlangen nach Wiederbewaffnung der Bundesrepublik: all dies drängte Frankreich in die Defensive und veranlaßte Paris zu einer schmerzhaften Anpassung an die gewandelten Umstände. Gewiß, der Übergang zur neuen europäischen Politik war in früheren französischen Planungen angelegt, und aus der Résistance heraus hatten sich alternative Vorstellungen entwickelt. Der Wandel war mithin nicht so abrupt, allerdings auch die europäische Wende keineswegs so ausgeprägt wie neuerdings vielfach behauptet wird. Der Bruch mit der alten Politik erfolgte 1950 mit dem Schuman-Plan, nicht früher. Frankreich entschloß sich, ohne Großbritannien zu handeln und die Bundesrepublik in eine kooperative

Struktur einzugliedern, nachdem alle früheren französischen Pläne, einen regionalen Machtblock in Westeuropa ohne Westdeutschland zu schaffen und bevor die Bundesrepublik ihre Stärke wiedergewonnen hatte, gescheitert waren. Über die Herstellung einer zunächst wirtschaftlich fundierten Interessengemeinschaft, so die dem Schuman-Plan zugrundeliegende Kernidee, sollte der historische deutsch-französische Gegensatz aus der Welt geschafft und eine kontrollierte Partnerschaft mit der Bundesrepublik ermöglicht werden. Die Einbindung in europäische Strukturen sollte die Entwicklung und Nutzung des deutschen Potentials ermöglichen, ohne daß dies erneut seine für Frankreich und das europäische Staatensystem gefährliche Dynamik entfalten würde. Sie sollte die Bundesrepublik fest im Westen verankern, einem neuen Rapallo, Sonderarrangements mit der Sowjetunion und Neutralisierungstendenzen vorbeugen. Die Hinwendung zur neuen Politik war, wie wir aufgrund neuerer Studien wissen, zögernd, partiell, stark umstritten in der französischen Administration und begleitet von Rückschlägen. In der Praxis war es keineswegs eine Politik wie aus einem Guß, und in manchem war es eine Politik des Sowohl-Als-Auch. Dennoch handelte es sich um eine Weichenstellung mit weitreichenden Folgen.

Auch die wirtschaftliche Modernisierung des Landes wurde, flankiert durch amerikanisches Kapital, in europäischen Strukturen angestrebt. Nur auf der Basis ökonomischer Stärke, so die verbreitete Überzeugung, würde Frankreich seine Sicherheit und internationale Stellung gewährleisten können. Der Schuman-Plan sollte Engpässe bei der Kohleversorgung beheben und die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie verbessern. Von der Integration der Atomenergie versprach sich Jean Monnet wirtschaftliche Wachstumsimpulse und die Kontrolle der zivilen Nutzung der Kernenergie durch die Bundesrepublik. Und ein drittes Moment französischer Integrations- und Europapolitik (neben Deutschland-Problem und Modernisierung) beobachten wir in der Anfangsphase der europäischen Einigung. Wie die beiden ersten Merkmale zieht es sich bei allen inneren Differenzierungen und Brüchen wie ein roter Faden durch die französische Politik der folgenden Dekaden. Frankreich war nach dem Kriege finanz- und

sicherheitspolitisch in hohem Maße von den USA abhängig, eine Abhängigkeit, die die nationale Souveränität zutiefst beeinträchtigte und in Frankreich zunehmend unwilliger aufgenommen wurde. Die europäische Einigung war auch konzipiert als Baustein für ein (insbesondere gegenüber den USA) unabhängigeres Frankreich und Europa. Davon wird später die Rede sein.

Bei allen drei Merkmalen stellen wir starke britisch-französische Unterschiede fest. Stand bei Frankreich das industrielle und landwirtschaftliche Wachstum im Vordergrund, genossen in London die Währungsstabilität, die Stärke des Pfund Sterling - als Symbol britischer Weltgeltung - und die Währungskooperation mit den USA Vorrang. Die Verwendung der Gegenwertmittel des Marshall-Planes ist aufschlußreich für die gegensätzlichen Prioritäten beider Länder: Während Großbritannien die Gelder für die Rückzahlung öffentlicher Schulden verwandte, wurden sie in Frankreich für produktive Investitionen, d. h. industrielle Erneuerung, eingesetzt. Beide Länder verfolgten unterschiedliche Varianten der Anpassung an die veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit. Großbritannien stützte sich auf die USA und das Commonwealth, Frankreich zunehmend auf den westeuropäischen Einigungsprozeß, um Wachstum, Rang und Einfluß zu wahren. Der deutsch-französische Ausgleich wurde in London begrüßt, das Potential der europäischen Integration, Frieden und Stabilität zu sichern, jedoch skeptisch eingeschätzt. Die Kontrolle und Einbindung der Bundesrepublik sollten über die NATO erfolgen. Ein integriertes Europa, so die in Großbritannien vorherrschende Annahme, würde politisch ebenso instabil und schwach wie die Vierte Republik Frankreichs sein. Schließlich: London wollte verhindern, daß die europäischen Institutionen Ausgangspunkt einer Loslösung Westeuropas von den USA würden. Auf diesen Punkt werde ich später zurückkommen.

II.

Integration wird unterschiedlich definiert. Sie kann, sehr allgemein gesprochen, als Zusammenschluß oder als Bildung und Aufrechterhaltung enger Interaktionsmuster zwischen früher au-

tonomen Einheiten verstanden werden. Diese Muster können politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Natur sein. Integration kommt auf unterschiedliche Weise zustande. Grob gesprochen, kann zwischen solchen Formen unterschieden werden, die sich aus der autonomen Dynamik von Märkten, Technologien, Kommunikation oder sozialem Wandel ergeben und solchen, die dem Impetus politischer Entscheidungen folgen, die den Interaktionsprozeß in politisch gewollte Bahnen lenken. Enger gesprochen läßt sich zwischen Markt- und Politikintegration unterscheiden. Marktintegration will Handelshemmnisse beseitigen und größere Wirtschaftsräume schaffen, die Politikintegration einzelne Politikbereiche gemeinschaftlicher Kontrolle unterstellen. Die Träger des Integrationsprozesses sind im ersten Falle die Wirtschaftssubjekte, im anderen Falle vornehmlich nationale Regierungen und supranationale Bürokratien. Beide Methoden sind idealtypische Verkürzungen und im System der EG keine Gegensätze. Sie müssen, wie im EWG-Vertrag angelegt, als komplementäre Formen gesehen werden. Auch die Integrationspolitik der hier untersuchten Länder enthält beide Momente - freilich, und das ist der zentrale Punkt, in sehr unterschiedlicher Gewichtung.

Großbritannien war, wenn überhaupt, ein Vertreter der Marktintegration, Frankreich ein Verfechter der Politikintegration. Beispiele sind das von der britischen Regierung 1956 vorgeschlagene Projekt einer die OEEC-Staaten umfassenden industriellen Freihandelszone und die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA). Auf dem Festland stieß das Freihandelszonenkonzept bei all jenen auf großes Interesse, denen die Zollunion (also die EWG) als dirigistisch, protektionistisch und nach innen gewandt erschien - in der Bundesrepublik insbesondere in den Kreisen um Ludwig Erhard. Das Projekt wurde von de Gaulle im November 1958 abgelehnt. Es bildete die Basis für die EFTA. Die EFTA beschränkte sich im Kern auf Freihandel im Industriebereich und kam mit einem Minimum an institutioneller Formalisierung aus. Sie sah keine gemeinsamen Politiken, keinen gemeinsamen Außenzoll und keinerlei unabhängige Behörde - ähnlich der EWG-Kommission - vor. Sie beruhte auf der Überzeugung, daß politische und wirtschaftliche Integration voneinander getrennt

gehalten werden konnten. Zwar wandte sich die britische Regierung bald der EWG zu, doch war dies nur zum Teil mit der Bereitschaft zur Übernahme der politischen Zielsetzungen der EG, ihrer Weiterentwicklung zur politischen Union, verbunden. Integration sollte der Herstellung eines gemeinsamen Marktes dienen und politisch die Form einer engeren Zusammenarbeit zwischen souveränen, unabhängigen Staaten annehmen.

Anders Frankreich. Der Schuman-Plan und das Projekt einer Europäischen Atomgemeinschaft entsprangen gerade dem Bestreben, das deutsche Wirtschaftspotential in politisch kontrollierte Kanäle zu lenken. Das liberale Konzept der Integration war für Paris nicht akzeptabel. In der EWG sind von den französischen Regierungen starke Impulse zur Entwicklung von Gemeinschaftspolitiken ausgegangen. Der voluntaristisch gefärbte Begriff der „construction européenne“ - von „intégration européenne“ ist im französischen Sprachgebrauch selten die Rede - deutet darauf hin, daß die europäische Einigung nicht dem Markt überlassen werden darf, sondern der leitenden Hand der Politik bedarf.

Wie sind die britisch-französischen Unterschiede zu erklären? In die Unterschiede fließen in der einen oder anderen Form all jene Faktoren ein, die die Haltung beider Länder zur europäischen Integration prägen. Dahinter verbergen sich auch gegensätzliche Vorstellungen über die Rolle von Markt und Staat und unterschiedliche Staatstraditionen und Modernisierungsstrategien, die auf die europäische Ebene übertragen wurden. Frankreich kennt eine lange, bis zum Absolutismus und Colbert zurückreichende Tradition der Staatsintervention. Die nach 1945 forcierte Modernisierung der Wirtschaft wurde über die staatliche „planification“ vorangetrieben. Sie war Teil einer breiteren Neuerungsbewegung und ist in engem Zusammenhang mit anderen Strukturreformen: Nationalisierungen, Reform der Unternehmensverfassung und Aufbau des Sozialstaates zu sehen. In all diesen Reformen wurde dem Staat eine zentrale Rolle für das Aufholen des französischen Rückstandes, für wirtschaftliches Wachstum und die Überwindung malthusianistischer Denkhaltungen zugeschrieben. „Planning“ diente nicht dem Aufbau des Sozialismus, sondern der industriellen Erneuerung. Der Erfolg der staatlichen Maß-

nahmen ist in der Forschung unterschiedlich eingeschätzt worden. Neuerdings haben sie von Serge Berstein und Pierre Milza erneut eine sehr positive Bewertung erfahren.¹⁰ Verstaatlichungen, Kontrollen, Sozialreformen und „planning“ prägten nach 1945 auch die britische Wirtschaftspolitik. Der kontinentaleuropäische Staatsbegriff jedoch ist den meisten Briten fremd. „Planning“ gestaltete sich in der Praxis als Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung über die Haushalts-, Steuer- und Finanzpolitik - und weniger oder gar nicht wie im französischen Fall als Förderung von Schlüsselsektoren, in die die Investitionen gelenkt wurden. Die Stabilität des Pfund Sterling, der Aufbau des Sozialstaates und - vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit der Zwischenkriegszeit - die Sicherung von Vollbeschäftigung standen im Vordergrund. In den Beziehungen mit der Industrie und den Gewerkschaften setzte die Regierung im Einklang mit den liberalen Traditionen des Landes auf Konsultation, Partnerschaft und freiwillige Methoden, nicht oder weniger auf Leitung und Kontrolle. In der Natur, weniger im Ausmaß staatlicher Intervention liegt mithin der eigentliche Unterschied zwischen beiden Ländern. Der britisch-französische Unterschied wird auch deutlich werden, wenn wir uns dem dritten Themenbereich - den Institutionen - zuwenden.

III.

Institutionen sind für die europäische Einigung wichtig gewesen. Sie bilden den Rahmen für Aushandlungsprozesse, prägen Einstellungen und Verhaltensmuster. Sie haben mit dazu beigetragen, daß sich in Westeuropa zunehmend, wie Ralf Dahrendorf es genannt hat, eine „habit of cooperation“ herausgebildet hat.¹¹ In der Institutionalisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sieht Alan Milward einen wesentlichen Grund dafür, warum die politische und wirtschaftliche Rekonstruktion Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg im Unterschied zur Zwischenkriegszeit gelungen ist.¹²

Im institutionellen Bereich sind die französischen Initiativen höchst widersprüchlich gewesen, gekennzeichnet durch ein Schwanken zwischen föderalen, supranationalen und strikt zwi-

schenstaatlichen Lösungsversuchen. Mal trumpfte Frankreich als die „nation animatrice“ der europäischen Integration auf, mal trat es als Bremser der Einigung hervor, so beim Scheitern der EVG, im Vorfeld der EWG oder Mitte der sechziger Jahre, als de Gaulle die Politik des leeren Stuhles betrieb. Die französische Regierung präsentierte sich als Anwalt supranationaler Lösungen, Großbritannien als der Verfechter nationalstaatlicher Souveränität. Spätestens seit den Tagen de Gaulles hat dieser Konflikt viel von seiner französisch-britischen Brisanz, durch den komplexen Kooperationsverbund der EG und die vielfältigen Formen Souveränität einschränkender Interdependenz manches von seiner ursprünglichen Bedeutung verloren. Vermutlich hat er nur eine Weile die Bedeutung gehabt, die ihm weithin beigemessen wurde. Auch in Frankreich war das Prinzip der Supranationalität stets stark umstritten. Seine Bedeutung für die französische Politik hat viel mit Jean Monnet zu tun, dessen Einfluß in Paris zurückging, als er die Präsidentschaft der Hohen Behörde der EGKS übernahm und Robert Schuman im Januar 1953 den Quai d'Orsay verlassen mußte. Die Verständigung zwischen Georges Pompidou und Edward Heath über die EG als einer primär nationalstaatlich verfaßten Einrichtung bildete - neben dem Wunsch nach Ausbalancierung des stärkeren Gewichtes der Bundesrepublik - die Geschäftsgrundlage des britischen Beitritts zur EG. Auch in der Frage der Kompetenzen und der Machtverteilung der europäischen Institutionen haben sich die Positionen beider Länder stark angeglichen. Beide stehen einer starken Ausweitung der Befugnisse des Europaparlaments wie auch einer Stärkung der Kommission skeptisch (Frankreich) oder ablehnend (Großbritannien) gegenüber und betrachten den Rat (Ministerrat) oder den Europäischen Rat (der Staats- und Regierungschefs) als die zentrale politische Entscheidungsebene. Hier traten sie - selten genug - als Bündnispartner auf.

In anderen Fragen - hinsichtlich der Bildung und dem Verständnis von Institutionen und der Institutionalisierung europäischer Kooperation und Integration - hat es weniger Annäherung gegeben. Von Beginn an hat Frankreich großen Einfluß auf den Integrationsprozeß genommen. Über neue, starke Institutionen oder über Verträge sollte der Prozeß beeinflusst oder vorangetrieben

werden. Nach britischem Verständnis hingegen konnten dauerhafte und stabile Institutionen sich nur allmählich entwickeln und erst am Ende eines langen Prozesses vertiefter Kooperation stehen. Praktische Zusammenarbeit sollte der institutionellen Form vorangehen, nicht umgekehrt. Die britische Auffassung offenbarte sich mit Deutlichkeit in der Reaktion Whitehalls auf die Pläne der Europäischen Einigungsbewegung, eine Art europäischen Bundesstaat mit eigener Verfassung zu schaffen. Man könne, hielt Außenminister Bevin den kontinentaleuropäischen Föderalisten 1948 entsetzt entgegen, das Dach nicht aufschlagen, bevor nicht das Gebäude errichtet sei. „To us“, so ein britischer Minister 1983, „institutions must be subservient to policies. Closer co-operation should not be forced but must grow out of practical ways in which as a Community we can work for our common good. Substance and reality must come before form.“¹³

Unterschiede in der Herausbildung und Arbeitsweise nationaler politischer Systeme und unterschiedliche Verfassungstraditionen, so wird deutlich, prägten unterschiedliches integrationspolitisches Verhalten. Großbritannien hat keine geschriebene Verfassung, Frankreich hingegen, oft als „konstitutionelles Laboratorium“ bezeichnet, kennt eine seit der Revolution von 1789 ununterbrochene Abfolge von Verfassungsdokumenten. Aufgrund ihrer häufigen Änderungen haben Verfassungen nie die Bedeutung einer fundamentalen Charta der Nation gehabt. Lange Zeit hat das „Westminster-Modell“ die Rolle eines analytischen Maßstabes und normativen Leitbildes gespielt. Das britische Regierungssystem hat sich allmählich herausgebildet. Das Fehlen abrupter Veränderungen hat, so Bernard Alford, „a society of great institutional depth“ hervorgebracht.¹⁴ Alt hergebrachte Institutionen - insbesondere das Parlament - machen einen wichtigen Teil der Identität des Landes aus. Die neuere Geschichte Frankreichs ist demgegenüber durch eine große Instabilität der politischen Institutionen und Regierungssysteme gekennzeichnet. Das gilt besonders für die Vierte Republik, deren schwache Regierungen in der Öffentlichkeit der Gegenstand von Feindschaft, Spott und Hohn waren. Auch von daher dürfte es Frankreich leichter gefallen sein, nationale Ziele im Rahmen neuer europäischer Institutionen zu definieren.

Für die französischen Regierungen war die Europapolitik Teil ihrer Gesamtpolitik, gleichsam die Verlängerung der nationalen Politik auf die europäische Ebene. Nationale Interessenpolitik wurde mit der Vision Europa verknüpft und auch mit supranationalen Instrumenten betrieben. Die Regierung in Paris hat wiederholt - oft rhetorisch stark überhöht und mit Blick auf die innenpolitische Klientel - langfristige Ziele definiert und Initiativen ergriffen, um die eigene nationale Politik abzusichern und zu ergänzen. Beispiele sind der Schuman-Plan, die EVG, die Gemeinsame Agrarpolitik, die Vorstellung von Europa als Sozialraum oder als Technologiegemeinschaft. Über die EG sollten Ressourcen für die Aufrechterhaltung einer die eigenen Mittel übersteigenden Weltmachtrolle, für wirtschaftliche Modernisierung und Technologieförderung mobilisiert, Anpassungskosten auf den Haushalt der EG oder die Gesamtheit der Konsumenten abgewälzt wie über den Außenschutz wettbewerbsschwacher Branchen abgefangen werden. Der Erfolg dieser vielfältigen Initiativen ist schwer einzuschätzen. Vor allem über die Gemeinsame Agrarpolitik und ihre Finanzierung verstanden es die französischen Regierungen, nationale Imperative mit einer Ausweitung der EG-Aktivitäten zu verknüpfen. Vielfach jedoch sind die französischen Regierungen mit ihren Initiativen auf den starken Widerstand der übrigen EG-Mitglieder gestoßen.

In scharfem Gegensatz dazu steht die britische Politik. Ihr hat es an klar definierten Zielen gefehlt. Selten wurde die EG als zusätzliche Handlungsebene aktiv im Sinne britischer Interessen genutzt. Die Thatcher-Administration, die in vielem aus dem mainstream britischer Politiktradition herausfällt, bildet auch hier die Ausnahme. Der britisch-französische Unterschied rührt nicht nur aus verbreiteter insularer Skepsis gegenüber der EG oder daher, daß die ja vor der britischen EG-Mitgliedschaft festgelegten Regelungen und Strukturen der EG - der „*acquis communautaire*“ - das Vereinigte Königreich benachteiligten. Das trifft für den Haushalt der EG, die Gemeinsame Agrarpolitik und deren Finanzierung durchaus zu. Das hängt auch mit dem im Vergleich zu Frankreich stärker defensiven, Status quo orientierten Stil britischer Politik zusammen.

IV.

Ich komme zum letzten Teil, den Außenbeziehungen und der Außenpolitik beider Länder. Haben Frankreich und Großbritannien, so die Frage, den Glauben an die Autonomie und Spezifik europäischer Interessen in der internationalen Politik als Ziel europäischer Politik geteilt? Was war ihre Auffassung von der Rolle Europas in der Welt? Lassen sich Annäherungen feststellen? Trotz zahlreicher Gemeinsamkeiten hat es gerade in dieser Frage starke Gegensätze zwischen beiden Ländern gegeben. Besonders das Verhältnis zur westlichen Dominanzmacht, den USA, ist strittig gewesen.

Leitbild britischer Weltpolitik nach dem Kriege war das von Winston Churchill 1948 auf den Begriff gebrachte, für Politik und Forschung gleichermaßen ungemein einflußreiche Konzept der Drei Kreise, wonach sich das Vereinigte Königreich als Scharnier am Schnittpunkt dreier sich überlappender Einheiten - Empire/Commonwealth, Nordamerika/USA, Europa - befand. „With Europe, but not of it“¹⁵, vom Selbstverständnis her nicht nur zu einem Kontinent, sondern zu allen gehörend, nahm Europa im Zielkatalog britischer Politik einen untergeordneten Platz ein. Die britische Politik der Nachkriegszeit beruhte auf dem Axiom, daß die wirtschaftliche Rekonstruktion und die Sicherheit Westeuropas ohne die Unterstützung und Präsenz der USA auf dem alten Kontinent nicht zu gewährleisten seien. Die westeuropäische Integrationsbewegung sollte, wie es 1951 formuliert wurde, weg von „exclusively European ideas“ hin zu einer „Atlantic community“¹⁶, zu einer Pax Atlantica geführt werden.

Verschiebungen im internationalen System, Krisensymptome der eigenen Wirtschaft, aber auch die Entschlossenheit der sechs Schuman-Plan-Länder, ihre Ressourcen durch Verschmelzung ihrer Volkswirtschaften zu optimieren und das Projekt der Einigung voranzutreiben, bewirkten ab etwa 1956/57 in London eine vorsichtige und sehr allmähliche Verlagerung der politischen Prioritäten. Die Fundamente britischer Großmachtstellung - Währung, Sterling-Zone und Commonwealth - gerieten ins Wanken. In der Politik der USA verlor Großbritannien seinen vormals privilegierten Platz. Die EWG wurde als das neue Machtzentrum

Westeuropas angesehen. Wollte die britische Regierung Spielraum für ihre europäischen und atlantischen Interessen und für die traditionell beanspruchte Rolle als Brücke zwischen den USA und dem Festland behalten, galt es, einen Platz in der EWG anzustreben.

Großbritannien ist heute politisch und wirtschaftlich eng mit dem Kontinent verflochten. Etwa 50 % des Außenhandels werden mit der EG abgewickelt. Die großen Verbände der Wirtschaft befürworten eine aktivere Rolle des Landes in der Gemeinschaft. Das Commonwealth spielt in der britischen Politik nur mehr eine sehr geringe Rolle. In konkreten Sachfragen hat die britische Regierung wiederholt die Unteilbarkeit europäischer Interessen - auch gegenüber den USA - betont. Zwei Kontinuitäten jedoch, die auch starke Unterschiede zu Frankreich markieren, blieben bestehen: Die britische Politik orientierte sich am Leitbild einer weiteren, wirtschaftlich nach außen offenen und lockerer strukturierten Gemeinschaft, Frankreich wünschte umgekehrt eine politisch handlungsfähige, um einen festen Kern gruppierte, nach außen stärker abgeschlossene Gemeinschaft, die als neue Großmacht agieren kann. Zweitens durfte die Stärkung der europäischen Institutionen aus britischer Sicht nicht zur Herausbildung eines sicherheits- und verteidigungspolitisch eigenständigen regionalen Machtblocks, losgelöst von den USA, führen.

Anders Frankreich: Die Herauslösung Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO und die Bildung eines sich vom Atlantik bis zum Ural erstreckenden „europäischen Europa“ sollten Frankreich Unabhängigkeit zurückgeben, die Teilung Deutschlands und des Kontinents überwinden („Überwindung Yaltas“), Europa Manövrierfähigkeit und Eigenständigkeit, insbesondere gegenüber den USA, verschaffen. Diese Konzeption ist mit dem Namen de Gaulles verbunden. Sie hat jedoch in der einen oder anderen Weise die französische Politik insofern geprägt, als Frankreich die Organisation Europas nicht nur als Weg betrachtete, Westeuropa in die atlantische Welt zu integrieren (was das Anliegen Londons war), sondern auch als Baustein für eine selbständigere politische Einheit Europa (was London abgelehnt hat). Der Ausbau der EWG als Zollunion statt einer bloßen Freihandelszone (wie Großbritannien es wollte) sollte die

Gemeinschaft als handlungsfähige Wirtschaftsmacht mit einem eigenen handelspolitischen Instrumentarium konstituieren und die Voraussetzungen für gemeinschaftliche Konkurrenzstärkung nach außen verbessern. Die neuere französische Forschung betont die Kontinuitäten zwischen der Vierten und der Fünften Republik, vor allem im Nuklear- und Verteidigungsbereich. Es gilt jedoch zu betonen, daß die Vierte Republik Unabhängigkeit in der Interdependenz anstrebte. Ihr Ziel war es, die ungleiche Machtverteilung in der NATO auszugleichen, nicht sie zu verlassen.

Auf die Widersprüche der durchaus zukunftsweisende, visionäre Elemente enthaltenden Sicht de Gaulles ist in der Forschung wiederholt hingewiesen worden. Sie sollen hier nicht abgehandelt werden. Sie rühren her aus dem Pochen auf nationale Unabhängigkeit und dem Anspruch, als Sprecher Westeuropas aufzutreten, aus der Kluft zwischen den Ambitionen und den Realitäten französischer Macht und aus dem Zwiespalt zwischen nationalen und europäischen Momenten in der französischen Politik. Ob der Zwiespalt in seiner vollen Tragweite de Gaulle bewußt war, erscheint fraglich, ging er doch wie selbstverständlich vom Glauben an die Identität französischer, europäischer und universaler Interessen aus, der seit den Tagen der *levée en masse* die französische Nation kennzeichnet. Sie reflektierten jedoch auch ein tieferes Dilemma französischer Integrations- und Europapolitik. Die Integration und Kontrolle der Bundesrepublik in europäischen Institutionen drohten Frankreich identische Fesseln wie der Bundesrepublik anzulegen, in einer Gemeinschaft zudem, in der die Partner Frankreichs zumindest im Sicherheitsbereich atlantischer dachten als Frankreich. Die Diskussionen über das gescheiterte EVG-Projekt zeigten dies. Paris suchte sich dem einmal durch die Einschränkung der supranationalen Elemente der europäischen Integration und - in den sechziger Jahren - durch die Umwandlung der EG in eine bloß konföderale Politische Union zu entziehen. Zweitens, durch die Entwicklung einer eigenen Atomstreitmacht, durch militärpolitische Autonomie, eine aktive Weltpolitik und die Betonung der internationalen Statusunterschiede im Vergleich zu Deutschland sollte zudem das wachsende wirtschafts- und währungspolitische Gewicht der Bundesre-

publik ausgeglichen werden. So entstand ein prekäres Gleichgewicht in Westeuropa, das aufgrund der deutschen Einigung und der Gewichtsverlagerung von den militärischen hin zu den wirtschaftlichen Attributen der Macht in Frage gestellt ist.

V.

Ich komme zum Schluß. Auch für die EG hat mit dem Umbruch in Europa ein neuer Abschnitt ihrer Geschichte begonnen. Die disziplinierende Funktion, die der bipolare Ost-West-Konflikt auf die westeuropäischen Staatenbeziehungen und den inneren Zusammenhalt der EG gehabt hat, ist entfallen. Gesamteuropäische Lösungsversuche, wie sie bis nach dem Zweiten Weltkrieg selbstverständlich waren, gewinnen an Gewicht. Mit den Beschlüssen von Maastricht ist erneut das Für und Wider einer europäischen Einigung und unterschiedlicher Integrationsmodelle entbrannt. Verstärkt wird die Frage gestellt, ob nicht eine immer enger werdende europäische Kooperation, nicht jedoch Integration und eine politische Union im engeren Sinne, wünschenswert sei.

Anmerkungen

- 1 *Keith Robbins*, *Insular outsider? ‚British‘ history and European integration*, Reading 1990.
- 2 *Rudolf von Thadden*, *Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich*, in: *Bernhard Giesen* (Hrsg.), *Nationale und Kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit*, Frankfurt a. M. 1991, S. 493-510, hier 507.
- 3 *Stanley Hoffmann*, *Reflections on the nation-state in Western Europe today*, in: *Loukas Tsoukalis* (Hrsg.), *The European Community. Past, present and future*, Oxford 1983, S. 21-37, hier 30.
- 4 *Walter Lipgens*, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950*, Erster Teil: 1945-1947, Stuttgart 1977, S. 323, Anm. 85.
- 5 *Pierre Guillen*, *L'Europe remède à l'impuissance française? Le gouvernement Guy Mollet et la négociation des traités de Rome (1955-1957)*, in: *Revue d'Histoire Diplomatique* 102 (1988), S. 319-335; ders., *La France et la négociation des traités de Rome: L'Euratom*, in: *Enrico Serra* (Hrsg.), *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, Milano 1989, S. 513-524.
- 6 *Alan S. Milward*, *The reconstruction of Western Europe 1945-51*, London 1984, Kap. XI.
- 7 *The Labour Party*, *Report of the 49th Annual Conference*, Margate, October 2 to October 6, 1950, S. 166.
- 8 *Denis Healey*, *Power politics and the Labour Party*, in: *R. H. S. Crossman* (Hrsg.), *New Fabian essays*, 3. Aufl., London 1970, S. 161-179, hier 168 (1. Aufl. 1952).
- 9 *Michael Charlton*, *The price of victory*, London 1983.
- 10 *Serge Berstein* und *Pierre Milza*, *Histoire de la France au XX^e siècle*. Bd. III.: 1945-1958, Bruxelles 1991, Kap. VIII.
- 11 *Ralf Dahrendorf*, *The future of Europe?*, in: *Ralf Dahrendorf u.a.*, *Whose Europe? Competing visions for 1992*, London 1989, S. 1-9, hier 9.
- 12 *Milward*, *Reconstruction*, S. XVI.
- 13 Zit. nach *David Judge*, *The British government, European Union and EC institutional reform*, in: *The Political Quarterly* 57 (1986), S. 321-328, hier 324.
- 14 *Bernard W. E. Alford*, *British economic performance 1945-1975*, Basingstoke 1988, S. 105.
- 15 So *Winston Churchill*, *The United States of Europe*, in: *The Saturday Evening Post*, 15.12.1930, S. 51.
- 16 *Denkschrift des Foreign Office vom 9. Juni 1951; Documents on British Policy Overseas*, Ser. II, Vol. I, London 1986, S. 587-594, hier 594.

Literatur

- Bossuat, Gérard*: La France, l'Aide Américaine et la Construction Européenne 1944-1954, 2 Bde., Paris 1992.
- Bozo, Frédéric*: La France et l'OTAN. De la Guerre Froide au Nouvel Ordre Européen, Paris 1991.
- Brinkley, Douglas und Clifford Hackett* (Hrsg.): Jean Monnet. The Path to European Unity, Basingstoke 1991.
- Camps, Miriam*: Britain and the European Community 1955-1963, London 1964.
- Charlot, Monica und Jean-Claude Sergeant*: Britain and Europe since 1945, Paris 1986.
- Crafts, Nicholas F. R. und Nicholas W. C. Woodward* (Hrsg.): The British Economy since 1945, Oxford 1991.
- Di Nolfo, Ennio* (Hrsg.): Power in Europe? II. Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC, 1952-1957, Berlin 1992.
- Ebersold, Bernd*: Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992.
- Ellwood, David W.*: Rebuilding Europe. Western Europe, America and Postwar Reconstruction, London 1992.
- George, Stephen*: An Awkward Partner. Britain in the European Community, Oxford 1990.
- George, Stephen*: Britain and European Integration since 1945, Oxford 1991.
- Gerbet, Pierre*: La Construction de l'Europe, Paris 1983.
- Gerbet, Pierre u. a.*: Le Relèvement 1944-1949, Paris 1991.
- Greenwood, Sean*: Britain and European Cooperation since 1945, Oxford 1992.
- Hogan, Michael J.*: The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947-1952, Cambridge 1987.
- Holland, Robert*: The Pursuit of Greatness. Britain and the World Role, 1900-1970, London 1991.
- Kaiser, Karl*: EWG und Freihandelszone. England und der Kontinent in der Europäischen Integration, Leiden 1963.
- Kitzinger, Uwe*: Diplomacy and Persuasion. How Britain Joined the Common Market, London 1973.
- Kölling, Miriam*: Führungsmacht in Westeuropa? Großbritanniens Anspruch und Scheitern 1944-1950, Berlin (Ost) 1984.
- La Serre, Françoise de*: La Grande-Bretagne et la Communauté Européenne, Paris 1987.
- La Serre, Françoise de, Jacques Leruez und Helen Wallace* (Hrsg.): French and British Foreign Policies in Transition. The Challenge of Adjustment, New York 1990.

Loth, Wilfried: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen 1990.

Lucas, Hans-Dieter: Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europagedanke im Frankreich der Ära de Gaulle (1958-1969), Bonn 1992.

Milward, Alan S.: The Reconstruction of Western Europe 1945-51, London 1984.

Milward, Alan S.: The European Rescue of the Nation-State, London 1992.

Morgan, Roger und Caroline Bray (Hrsg.): Partners and Rivals in Western Europe: Britain, France and Germany, Aldershot 1986.

Poidevin, Raymond: Robert Schuman. Homme d'État 1886-1963, Paris 1986.

Poidevin, Raymond (Hrsg.): Histoire des Débuts de la Construction Européenne (Mars 1948-Mai 1950), Bruxelles 1986.

Reynolds, David: Britannia Overruled. British Policy and World Power in the 20th Century, London 1991.

Rix-Mackenthun, Christiane: Die Funktion des britischen Parlaments und die Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften. Zur Bedeutung der Parlamentssouveränität für die britische Verfassungsordnung und der Vorrang des EG-Rechts, Frankfurt am Main 1984.

Sanders, David: Losing an Empire, Finding a Role. British Foreign Policy since 1945, Basingstoke 1990.

Schwabe, Klaus (Hrsg.): Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51, Baden-Baden 1988.

Schmidt, Gustav (Hrsg.): Großbritannien und Europa - Großbritannien in Europa. Sicherheitsbelange und Wirtschaftsfragen in der britischen Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Bochum 1989.

Serra, Enrico (Hrsg.): Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma, Milano 1989.

Stirk, Peter M. R. und David Willis (Hrsg.): Shaping Postwar Europe. European Unity and Disunity 1945-1957, London 1991.

Urwin, Derek: Western Europe since 1945. A Political History, 4. Aufl. London 1989.

Urwin, Derek: The Community of Europe. A History of European Integration since 1945, London 1991.

Volle, Angelika: Großbritannien und der europäische Einigungsprozeß, Bonn 1989.

Wurm, Clemens A. (Hrsg.): Wege nach Europa. Wirtschaft und Außenpolitik Großbritanniens im 20. Jahrhundert, Bochum 1992.

Young, John W.: Britain, France and the Unity of Europe 1945-1951, Leices-ter 1984.

Zieburg, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970.

Clemens Wurm

1942 in Schönau (Kreis Olpe) geboren.

Besuch der Volksschule in Schönau 1949 - 1954 und des Städtischen Neusprachlichen Gymnasiums in Olpe 1954 - 1963;

Reifeprüfung 1963.

Studium an der Universität Münster (Geschichte, Französisch, Englisch, Pädagogik, Philosophie) 1963 - 1969; Erste Philologische Staatsprüfung 1969 (Geschichte, Französisch).

1969 - 1971 Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am Historischen Seminar der Universität Münster.

1971 Promotion zum Dr. phil. (Geschichte).

1971 - 1974 Habilitationsstipendiat der Stiftung Volkswagenwerk.

1974 - 1977 Wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar der Universität München.

1977 - 1984 Wissenschaftlicher Assistent, Ruhr-Universität Bochum, Zentrales Sozialwissenschaftliches Seminar.

Wintersemester 1983/84 Habilitation im Fach Politische Wissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum (Fakultät für Sozialwissenschaft).

1984 - 1986 Professor (auf Zeit) für Außenpolitik westlicher Industrieländer an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.

Oktober 1986 Professor für Politische Wissenschaft (unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des europäischen Staatensystems und der deutschen Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert), Freie Universität Berlin.

Seit Oktober 1992 Professor für Westeuropäische Geschichte, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Sommersemester 1993 Visiting Fellow, St. Antony's College, Oxford.

Wichtigste Veröffentlichungen

Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926, Frankfurt am Main 1979;

Industrielle Interessenpolitik und Staat. Internationale Kartelle in der britischen Außen- und Wirtschaftspolitik während der Zwischenkriegszeit, Berlin 1988;

Business, Politics and International Relations. Steel, Cotton and International Cartels in British Politics 1924-1939, Cambridge 1993;

(Hrsg.) Internationale Kartelle und Außenpolitik. Beiträge zur Zwischenkriegszeit, Stuttgart 1989;

(Hrsg. zus. mit Harm G. Schröter) Politik, Wirtschaft und internationale Beziehungen. Studien zu ihrem Verhältnis in der Zeit zwischen den Weltkriegen, Mainz 1991;

(Hrsg.) Wege nach Europa. Wirtschaft und Außenpolitik Großbritanniens im 20. Jahrhundert, Bochum 1992;

Aufsätze zur Geschichte und Politik Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands im 20. Jahrhundert, zur Geschichte der internationalen Beziehungen und zur westeuropäischen Integration.

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

- 1 *Volker Gerhardt*
Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität
- 2 *Hasso Hofmann*
Die versprochene Menschenwürde
- 3 *Heinrich August Winkler*
Von Hitler zu Weimar
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie
- 4 *Michael Borgolte*
„Totale Geschichte“ des Mittelalters?
Das Beispiel der Stiftungen
- 5 *Wilfried Nippel*
Max Weber und die Althistorie seiner Zeit
- 6 *Heinz Schilling*
Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin -
ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich
- 7 *Hartmut Harnisch*
Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914

- 8 *Fritz Jost*
Selbststeuerung des Justizsystems durch
richterliche Ordnungen
- 9 *Erwin J. Haeberle*
Berlin und die internationale Sexualwissen-
schaft
- 10 *Herbert Schnädelbach*
Hegels Lehre von der Wahrheit
- 11 *Felix Herzog*
Über die Grenzen der Wirksamkeit des
Strafrechts
- 12 *Hans-Peter Müller*
Soziale Differenzierung und Individualität
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose
- 13 *Thomas Raiser*
Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig der
Rechtswissenschaft
- 14 *Ludolf Herbst*
Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?
Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nach-
kriegspolitik

- 15 *Gert-Joachim Glaeßner*
Demokratie nach dem Ende des
Kommunismus
- 16 *Arndt Sorge*
Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen
in Ostdeutschland
- 17 *Achim Leube*
Semnonen, Burgunden, Alamannen
Archäologische Beiträge zur germanischen Früh-
geschichte
- 18 *Klaus-Peter Johne*
Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel der
Forschung
- 19 *Volker Gerhard*
Die Politik und das Leben

Es erscheinen demnächst:

- 21 *Jürgen Kunze*
Verbfeldstrukturen
- 22 *Winfried Schich*
Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter:
Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen

- 23 *Herfried Münkler*
Zivilgesellschaft und Bürgertugend
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer
sozio-moralischen Fundierung?
- 24 *Hildegard Maria Nickel*
Geschlechterverhältnis in der Wende
Individualisierung versus Solidarisierung
- 25 *Christine Windbichler*
Arbeitsrechtler und andere Laien
in der Baugrube des Gesellschaftsrechts
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung
- 26 *Ludmila Thomas*
Rußland im Jahre 1900
Die Gesellschaft vor der Revolution